

## Für ein bedarfsgerecht finanziertes Studierendenwerk – gegen eine weitere Erhöhung des Semesterbeitrags!



**Beschluss des Studierendenparlaments der Uni Hamburg vom 13.07.2017**

Im Leitbild universitärer Lehre der Uni Hamburg wird der Anspruch formuliert, über „Bildung durch Wissenschaft“ zu ermöglichen, dass Studierende *„sich als mündige Mitglieder der Gesellschaft weiterentwickeln können, die bereit und in der Lage sind, an deren sozial und ökologisch nachhaltiger, demokratischer und friedlicher Gestaltung maßgeblich mitzuwirken und für ihre Zukunftsfähigkeit Verantwortung zu übernehmen.“*

Das Studierendenwerk hat die Aufgabe, für dieses beschriebene Studium die sozialen Grundlagen zu sichern, dadurch leistet es einen essentiellen Beitrag zum Gelingen dieses Studiums. Denn die permanente Unsicherheit, ob man sich finanziell die nächste Miete leisten kann, ob am Ende des Geldes noch Monat übrig ist und ob man sich fürs Lernen oder den Nebenjob entscheidet, ist keine gute Grundlage zu studieren, sondern forciert Anpassung. Eine würdige soziale Sicherheit, die durch das Studierendenwerk erreicht werden soll, ist also kein karitativer Akt oder nettes „nice to have“ sondern die andere Seite der Medaille von guter Forschung, Lehre und Bildung.

Doch auch die Studierendenwerke stehen über die neoliberalen Jahre hinweg in ihrem Sozialauftrag unter Beschuss. Die städtischen Mittel machen aktuell mit 1,2 Mio. € (vor Senator Dräger waren es noch 5 Mio. €) nur noch 4,1% des Gesamtbudgets aus. Nachdem die Vertreterversammlung des Studierendenwerks bereits mehrfach eine massive Erhöhung der Grundzuweisung vom Senat eingefordert hat, beschloss der Aufsichtsrat jüngst eine Erhöhung der Mieten und Essenspreise, um die – durch Inflation und erfreuliche Tarifsteigerungen – sinkenden Zuweisungen des

Senats auszugleichen. Aktuell hat der Aufsichtsrat des Studierendenwerks beschlossen, der Vertreterversammlung eine Erhöhung der Studierendenbeiträge für das Studierendenwerk von derzeit 75 € um 13,3% auf 85 € zum SoSe 2018 vorzuschlagen und eine weitere Erhöhung auf 90 € zum SoSe 2020. Dieser Beitrag ist bereits von 2004/2005 von 25 € aufgrund der staatlichen Kürzungen auf mittlerweile 75 € verdreifacht worden.

Durch die bewusste Unterfinanzierung soll eine weitere Ökonomisierung der Organisation des Studierendenwerks vorangetrieben werden, sodass Studieren immer weniger eine staatlich gesicherte Grundrechtsausübung ist, sondern eine zu bezahlende Dienstleistung zur Steigerung des eigenen Humankapitals. Diese Orientierung ist grundfalsch und gesellschaftlich tief in der Krise.

**Als Studierendenparlament der Universität Hamburg fordern wir daher den Senat der Stadt Hamburg dazu auf, die sog. Schuldenbremse zu lösen, die Grundzuweisung sofort wieder zu erhöhen und das Studierendenwerk bedarfsgerecht auszufinanzieren. Das Studierendenparlament beteiligt sich an der Kampagne der Universität Hamburg zur Überwindung der Austeritätspolitik und wird sich in der Vertreterversammlung des Studierendenwerks Hamburg dafür einsetzen, dass dieses sich ebenfalls beteiligt (u.a. über die Mitgestaltung des dafür geplanten Dies Academicus zu Hochschulfinanzierung). Auf dieser Grundlage spricht sich das Studierendenparlament gegen die Erhöhung des Semesterbeitrags für das Studierendenwerk im SoSe 2018 aus, weil es sozial falsch und den Senat aus der Verantwortung lassend ist.**